Gemeinde Martfeld

Auskunft erteilt: Andreas Schreiber
Telefon: 04252/391-408

Datum: 29.02.2008

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 40-0043/08
öffentlich

Beratungsfolge:

Rat	04.06.2008

Betreff:

Rechenschaftsbericht zur Jahresrechnung 2007

Beschlussvorschlag:

Der Rat nimmt den Rechenschaftsbericht zur Jahresrechung 2007 und die nachträglich entstandenen unerheblichen Mehrausgaben in Höhe von insgesamt 13.147,24 € zur Kenntnis.

Die nachträglich ausgewiesene erhebliche Mehrausgabe in Höhe von insgesamt 3.421,00 € wird genehmigt.

Sachverhalt/Begründung:

Die Jahresrechnung ist innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres aufzustellen und durch einen Rechenschaftsbericht in Form dieser Vorlage mit Anlagen zu erläutern.

Die Jahresrechnung der Gemeinde Martfeld ist ausgeglichen.

Auf den Erlass eines Nachtragshaushaltsplanes konnte verzichtet werden.

Der Haushaltsplan sah zum Ausgleich des Verwaltungshaushaltes eine Zuführung vom Vermögens-haushalt in Höhe von 153.200,00 € vor. Nach Abschluss der Jahresrechnung ist es möglich, auf diese Zuführung zu verzichten und darüber hinaus dem Vermögenshaushalt einen Überschuss in Höhe von 27.922,45 € zuzuführen. Damit hat sich der laufende Haushalt um etwa 181.000,00 € verbessert.

Die größte Verbesserung ist im Unterabschnitt 9000 eingetreten. Der Überschuss beträgt 153.125,09 € und liegt damit um 142.525,09 € über dem Planwert. Dieses ist in erster Linie auf Mehreinnahmen in Höhe von 116.887,00 € bei der Gewerbesteuer und in Höhe von 63.463,00 € bei der Einkommensteuerbeteilgung zurückzuführen. Aufgrund der gestiegenen Gewerbesteuereinnahmen steigt der Bedarf für Gewerbesteuerumlage um 38.056,00 €. Daneben hat die Gemeinde Martfeld bei der Konzessionsabgabe für Strom über 38.000,00 € mehr einnehmen können.

Im Kindergarten beträgt der Zuschussbedarf 122.322,46 €. Er liegt damit um 19.577,54 € niedriger als im Haushaltsplan. Allerdings ist erst jetzt festgestellt worden, dass ein Teil der Bewirtschaftungskosten vermutlich nicht vollständig abgerechnet wurde. Soweit für 2007 noch Kosten vom Kindergarten zu tragen sind, werden diese im laufenden Haushaltsjahr gebucht.

Der Anteil des Zuschussbedarfes an den Gesamtausgaben beläuft sich auf 49,3 %. Durch Benutzungsgebühren in Höhe von 88.848,96 € werden 35,8 % der Ausgaben gedeckt. Im Vorjahr betrug der Anteil 37,3 %.

Der Rat hat im September 2007 beschlossen, die Mittel für die Dorferneuerungsplanung in Höhe von 28.000,00 € außerplanmäßig bereitzustellen. Hierdurch hat sich im Unterabschnitt 6100 eine entsprechende Verschlechterung ergeben.

Im Vermögenshaushalt war nach dem Haushaltsplan eine Rücklagenentnahme von 315.800,00 € geplant. Aufgrund der nicht erforderlichen Zuführung an den Verwaltungshaushalt fällt die Entnahme mit 89.958,56 € wesentlich niedriger aus.

Die allgemeine Rücklage hat zum 31.12.2007 einen Bestand in Höhe von 658.633,60 €. Diese Mittel werden in die Eröffnungsbilanz der Gemeinde Martfeld übernommen und stehen liquiditätsmäßig zur Verfügung. Nach der Haushaltsplanung für 2008 ist davon auszugehen, dass etwa 220.000,00 € an Liquiditätsmitteln zur Finanzierung der Umlagen und Investitionen benötigt werden. Es verbleibt dann noch ein Betrag von etwa 440.000,00 €, der zur Finanzierung von Investitionen z.B. für Dorferneuerungsmaßnahmen bereitsteht. Um Folgelasten in den kommenden Jahren besser darstellen zu können, ist verwaltungsintern zur „üblichen“ Rücklagenübersicht in den vergangenen Jahren eine Aufstellung gefertigt worden, in der die Sonderrücklagen dargestellt werden. Die Sonderrücklage für die Jugendarbeit ist nunmehr wegen der erfolgten Investitionen in diesem Bereich aufgelöst worden. Ein Betrag von 33.233,97 € wird weiterhin als Sonderbestandteil der Rücklage für Reparaturarbeiten an Straßen aus eingenommenen Infrastrukturabgaben weiterhin kapitalmäßig vorgehalten. Die Sonderrücklage „Steuerrückstellung“ kann aufgelöst werden, da z.Z. keine Anhaltspunkte ersichtlich sind, dass die Gemeinde Martfeld entsprechende Steuereinnahmen erstatten müßte.

Die Gemeinde Martfeld bleibt schuldenfrei.

Die nachträglichen Mehrausgaben sind aufgrund des tatsächlichen Bedarfs entstanden und waren zum Jahrende nicht zu vermeiden. Eine Aufstellung ist dem Rechenschaftsbericht beigefügt.

In 12 Fällen sind zum Jahresende unerhebliche Mehausgaben entstanden, die vom Rat noch zur Kenntnis genommen werden müssen. Die geringfügigen Überschreitungen im Verwaltungshaushalt sind aufgrund des tatsächlichen Bedarfs entstanden und in 6 Fällen über die veranschlagte Deckungsreserve gedeckt.

Aufgrund der Einschaltung eines Rechtsanwaltsbüros ist der Ansatz für Gerichts- und ähnliche Kosten um 1.150,64 € überschritten worden. Die Bewirtschaftungskosten für das Jugendhaus (= 1.495,78 €) und die Kostenerstatung für die Nachmittagsgruppe (= 2.100,00 €) waren im Haushaltsplan nicht veranschlagt. Bei der Straßenbeleuchtung ist es zu Mehrausgaben in Höhe von insgesamt 4.036,05 € gekommen, weil mehrere Straßenleuchten repariert werden mussten und die Stromkosten gestiegen sind. Außerdem ist eine überplanmäßige Ausgabe im Bereich Standortmarketing zur Finanzierung der Bauinfotage in Höhe von 1.420,83 € entstanden.

Die Mehrausgabe, die bei der Herstellung des Radweges in Tuschendorf enstanden ist, wird durch einen noch nicht eingegangener Zuschuss des Landkreises gedeckt werden können.

Bei den Zinsen für Gewerbesteuererstattungen hat der Ansatz ebenfalls nicht ausgereicht. Er ist um 3.421,00 € überschritten worden. Diese erhebliche Mehrausgabe ist vom Rat nachträglich zu genehmigen.

(Andreas Schreiber) (Horst Wiesch)

Fachbereichsleiter z. K.

Anlage

Rechenschaftsbericht